

DEMOKRATIE-THEORIE DES FREIHEITLICH- DEMOKRATISCHEN UND SÄKULAREN STAATES

Eckhard Kochte

Mehr Demokratie e.V.



VORFRAGEN

- **WIEVIEL DEMOKRATIE BRAUCHEN WIR?**
- **WER BESTIMMT DIE SPIELREGELN DER DEMOKRATIE?**
- **DARF DAS VOLK NUR DIE OBRIGKEIT WÄHLEN?**
- **DARF DAS VOLK IN WESENTLICHEN SACHFRAGEN ENTSCHIEDEN?**
- **IST DEUTSCHLAND DEMOKRATISCH?**
- **KANN DIE VERTRETUNGSDEMOKRATIE ALLE PROBLEME LÖSEN?**



BEISPIELE FÜR ENTSCHEIDUNGEN, VON DENEN DAS VOLK AUSGESCHLOSSEN IST

- VERFASSUNGSÄNDERUNGEN (GRUNDRECHTE; BÜRGERRECHTE)
- NEUE VERFASSUNG (VOLKSBETEILIGUNG)
- MILITÄRBÜNDNISSE (NATO, WEU)
- WIRTSCHAFTLICHE BÜNDNISSE (EU)
- ENERGIETRÄGER (STROM, GAS, BENZIN, ATOMKRAFT)
- UMWELT- NATURSCHUTZ
- WEHRPFLICHT (ERSATZPFLICHT)
- WIRTSCHAFTSORDNUNG (GLOBALISIERUNG)
- SOZIALORDNUNG (SOZIALVERSICHERUNGEN)
- STEUERN; STAATSVerschuldung
- EINWANDERUNG
- VERKEHRSPLANUNG



GRUNDEIGENSCHAFTEN DES DEMOKRATISCHEN STAATES

- **Selbstherrschaft des Volkes**
 - **unmittelbar: durch Volks- oder Bürgerentscheid**
 - **mittelbar: durch legitimierte Volksvertreter**
- **regelmäßige Wahl der Volksvertreter**
- **Rechenschaftspflicht der Funktionsträger**
- **Keine Selbstermächtigung der Funktionsträger**
- **Unveräußerliche und gleiche Rechte und Freiheiten und ihr Schutz durch den Staat**
- **Rechtsordnung durch Verfassung, Gesetze und untergesetzlicher Rechtsregeln**
- **Verfassung ist „Gesellschaftsvertrag“ der Staatsbürger**
- **Rechtliche Gleichheit der Bürger**



GRUNDEIGENSCHAFTEN DES DEMOKRATISCHEN STAATES (Fortsetzung)

- **Rechtsstaatlichkeit allein genügt nicht für Demokratie!**
- **Ein Staat ist nur dann demokratisch, wenn das Volk die Souveränität innehat.**
- **Dazu ist es notwendig, dass nur das Volk und kein sonstiger Willensträger über bestimmte Befugnisse und Mittel verfügt, welche zuverlässig verhindern, dass die Selbstherrschaft des Volkes eingeschränkt oder genommen wird.**
- **Das Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker ist geltendes Völkerrecht. (UN-Charta Art. 1)**
- **Die Staatsform „Republik“ ist Bedingung für den demokratischen Staat.**
- **Die europäischen Königreiche sind nur nominale, repräsentative Monarchien.**
- **Demokratie braucht Prinzipien und Werte:**

Rechtsstaatlichkeit – Humanität – Vernunft – Toleranz – Moral - Freiheit – Gleichheit – Gerechtigkeit – Frieden – Sozialität - Solidarität - Sicherheit – Ordnung – Wohlstand – Interessenausgleich – Zukunftsfähigkeit



SPIELARTEN DER DEMOKRATIE

- **IDEALDEMOKRATIE (direkte Demokratie)**

Identität von Beherrschten und Herrscher (antike griechische und römische Versammlungsdemokratie; Schweizer Bürgerdemokratie)

- **REALDEMOKRATIE (repräsentative Demokratie)**

Mischung aus teilweisen Mitwirkungsrechten mittels Wahlen und Abstimmungen, darüber hinaus Bevormundung durch die abgesonderte politische Klasse. Möglichkeit des gewaltlosen Regierungswechsels, jedoch kein Systemwechsel. (In den meisten westlichen Demokratien)

- **REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE**

- parlamentarische Demokratie: (die meisten Staaten);
- präsidentielle Demokratie: (USA),
- Rätedemokratie: (Pariser Kommune 1871, Russland und Deutschland 1918)

Repräsentative Demokratie bedeutet praktisch:

Herrschaft der Minderheit der Gewählten gegen die Mehrheit des Volkes.



DEMOKRATIEVERFAHREN

Konsensdemokratie:

- Alle Parteien sind an der Regierung beteiligt (z.B. Schweiz)
- **Nachteil:** Zwang zur Einvernehmlichkeit verhindert konsequente Auseinandersetzung über die öffentlichen Probleme.

Konkurrenzdemokratie:

- Alle Parteien konkurrieren um die Regierungsgewalt (in den meisten Staaten).
- **Nachteil:** Der Kampf um die Macht führt zu demagogischer Diskussion.

Machtkontrolle:

- zeitlich begrenzte Legislatur- und Amtsperioden
- begrenzte Häufigkeit des Amtes
- funktionale Machtverteilung (Gewaltentrennung)
- territoriale Machtverteilung (Föderalismus)



DEMOKRATIE IN KURZFASSUNG

Demokratie ist:

- kein Selbstzweck, sondern eine Technik zur guten Staatsgestaltung.
- ein Überwert, Wunschbild, Werkzeug und Erzeugnis
- die Verfasstheit des volkseigenen Staates.
- ein Verfahren der staatlichen Willensbildung durch die gleichberechtigten Bürger.
- nicht die Diktatur der gewählten Obrigkeit.
- die Legitimation staatlicher Herrschaft.
- dem Gemeinwohl verpflichtet.



DEMOKRATIE IN KURZFASSUNG (Fortsetzung)

Demokratie:

- entspringt einer fortgeschrittenen Gesellschaft freiheitsliebender und gleichgesinnter Bürger.
- bietet den Bürgern Teilhabe an der Staatsgestaltung und gute Lebenschancen.
- braucht einen starken, wohlhabenden „Schönwetterstaat“.
- erfordert gute Regeln und ihre strenge Einhaltung.
- rekrutiert die Funktionselite durch Wettbewerb.
- benötigt institutionelle Machtkontrolle
- ermöglicht den gewaltlosen Wechsel der Regierung und der Rechtsordnung



DIE LEGITIMATION DES DEMOKRATISCHEN STAATES

- Im ungeregelten Naturzustand herrschen Faustrecht und Anarchie.
- Alle Eigenschaften, Erfordernisse und Festlegungen des neuzeitlichen Staates beruhen auf weltliche Übereinkunft (oder Willkür), aber nicht auf jenseitige Herleitung.
- Gewohnheitsrecht entsteht aus Übereinstimmung, Übung und Überlieferung.
- Alle Menschen- und Bürgerrechte sind das Ergebnis einer Abmachung von Menschen.
- Menschen und Bürger werden durch Funktionsträger vertreten.
- Die Staatsbürger sind die natürlichen Vertreter des Staatsvolkes.
- Der Staat ist das Handlungsorgan des Staatsvolkes.

Spirituelle Merkmale der Demokratie:

- hohe moralische Legitimation
- gute Anpassungsfähigkeit an wechselnde Umstände
- vielfältige Lebenschancen für alle

Demokratie ist kein Ideal, das unmittelbar und um seiner selbst willen erstrebt wird!



STRUKTURELLE VORAUSSETZUNGEN **DES DEMOKRATISCHEN STAATES**

unverzichtbare Voraussetzungen für Demokratie:

- innerlich und äußerlich befriedeter Staat
- Zivilgesellschaft mit verträglicher Weltanschauung Offenheit für Veränderungen
- Staatsgewalt gründet auf den regelhaften Mehrheitswillen der Bürger
- Geltung unveräußerlicher und unabdingbarer Grundrechte
- Rückholbarkeit aller politischen Rechtsverzichte der Bürger
- Rechtsstaatlichkeit und Machtkontrolle
- politische Gleichheit der Bürger
- beständige und friedführende Rechtsordnung
- ausreichende technische Infrastruktur
- Streben nach Gleichheit der Bedingungen und Ausgleich der Ergebnisse
- erweiterte Möglichkeit der Kundgabe und Kundgabe
- wirksame und anpassungsunfähige Gemeinverwaltung
- gleicher Zugang zu öffentlichen Gütern

Demokratie lebt von Bedingungen, die sie überwiegend vorfinden muss!



HILFREICHE BEDINGUNGEN FÜR DEMOKRATIE

- Schutz von Minderheiten (keine totale Entrechtung; Möglichkeit des Wiedervortritts)
- Verbreitete bürgerliche Tugenden (Toleranz, Vertrauen, Ehrlichkeit, Höflichkeit, Sorgfalt usw.)
- Funktionsträger mit Orientierung am Gemeinwohl (Pflichtbewusstsein, Redlichkeit, Unbestechlichkeit, Unterordnung privater Interessen)
- allgemeine Akzeptanz der Rechtsordnung (Vermeidung von politischen Exzessen)
- Vernunft, Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit als öffentlicher Handlungsgrundsatz
- (Notwendigkeit und Geeignetheit der Rechtsakte)
- allgemein gute Bildung und Ausbildung (Voraussetzung für politische Willensbildung und Erwerbstätigkeit)
- allgemeiner Wohlstand durch Gütermehrung (faire und freie Wirtschaftsordnung)
- vertretbare Ungleichheiten der Ausstattung mit Rechten und Gütern (Leistungsprinzip, Verdiensteprinzip)
- allgemeiner Mindestwohlstand (subsidiäre Sozialität)



DEMOKRATIE-ILLUSIONEN

Gewaltenteilung und Föderalismus sind unter bestimmten Bedingungen hilfreich, aber nicht notwendig für Demokratie und bieten keine Gewähr für Missbrauch der Macht.

Gewaltenteilung:

- ist das Ergebnis von historischen Zufälligkeiten.
- hat sich nur mangels anderer Praxis scheinbar bewährt.
- verhindert keineswegs Machtmissbrauch durch Konzentration der staatlichen Macht.
- führt in der Praxis nur zur Verteilung der Macht.

Föderalismus

- verhindert nicht notwendigerweise Machtkonzentration.
- fördert nicht unbedingt regionale Belange.
- Führt in der Praxis zum Verbundföderalismus und zur Herrschaft der Ministerpräsidenten.

Erfolgreiches Regieren oder gute Absichten ersetzen nicht demokratische Legitimation.



DEMOKRATIE-ILLUSIONEN (Fortsetzung)

Das Parlament ist:

- ein Überbleibsel aus vordemokratischer Zeit.
- nur Mittel zum Zweck und eine Notlösung zur staatlichen Willensbildung.
- hat keine Daseinsberechtigung aus eigener Wesenheit.

Parteien sind:

- notwendig zur Rekrutierung von politischen Begabungen.
- Werkzeuge zur Findung und Bündelung des Volkswillens sein.
- in der Praxis nur Karrieremaschinen.
- eine potentielle Gefahr für die Demokratie.

repräsentative Demokratie

- ist nicht geeigneter als direkte Demokratie.
- schützt nicht vor sozialen Katastrophen.
- ist bestechlich, verschwenderisch und langsam.
- bringt Sozialität nur auf Kosten der Nachkommen.
- ermöglicht den Ausverkauf nationaler Interessen.



DEMOKRATIESCHÄDLICHE ZUSTÄNDE

Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern empfindlich gegen soziale, politische und wirtschaftliche Mißstände und Fehlentwicklungen, wie:

- Korruption, Monopole und Kartelle,
- Protektionismus und Klientelismus,
- Überregulation und Bevormundung
- vordemokratische Traditionen und Konventionen
- Relativierung von Menschen- und Bürgerrechten gegen den Herrschaftsanspruch des Staates
- Dominanz von kompromisslosen Weltanschauungen
- Absolutheit moralischer Prinzipien und Tabus
- Zwang zur Überanpassung an herrschende Meinungen und Lehren
- Geringschätzung bürgerlicher Tugenden

Mit dem Diktatorenargument „Es dient dem Allgemeinwohl“ kann man jeden Entzug von Rechten oder jede Auferlegung von Pflichten rechtfertigen.



DEMOKRATISCHE FEHLENTWICKLUNGEN

NOMINALDEMOKRATIE (Scheindemokratie)

- **Herrschaft eine Parteioligarchie über unwissende und/oder ohnmächtige Bürger.**
- **Politische Teilhabe durch formal demokratische Wahlen ist auf die Bestätigung der Machthaber oder des Systems beschränkt. (z.B. DDR)**

USURPATIVE DEMOKRATIE (Scheindemokratie)

- **Gewählte Funktionsträger maßen sich zusätzliche Befugnisse an, für die kein Mandat besteht und/oder die den Mandatgeber entrechten oder schädigen. (z.B. Organe der Europäischen Union)**

GEFÄLLIGKEITSDEMOKRATIE (Fürsorgedemokratie)

- **Mandatsträger hängen in ihrer Wiederwahl von der Gewährung kostspieliger Wahlgeschenke ab und vergeuden damit staatliche Ressourcen, gefährden die Zukunft.**



SYSTEMISCHE FEHLENTWICKLUNGEN DER **REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE** *am Beispiel der BRD*

- **Die Willensbildung und Repräsentation der Macht in den Parteien ist aufgrund der Herrschaft der Parteioligarchie notorisch undemokratisch.**
- **Listenvahlen (Blockabstimmungen) sind demokratiefeindlich, verhindern die Kontrolle der Kandidaten durch die Wähler und ermöglichen die Aufstellung von Günstlingen der Parteioligarchie.**
- **Die 5%-Hürde bei Wahlen verhindert demokratische Vielfalt und politische Chancengleichheit und begünstigt die Bildung von politischen Kartellen.**
- **Der Vorwand der Handlungsunfähigkeit des Parlaments durch zu viele Fraktionen, wie er in den späten Tagen der Weimarer Republik herrschte, kann heute nicht geltend gemacht werden, denn zu jener Zeit waren viele Parteien republikfeindlich eingestellt, die Bürger politisch unerfahren, die Beamten in Demokratie völlig ungeübt, der Staat finanziell zerrüttet.**



SYSTEMISCHE FEHLENTWICKLUNGEN DER **REPRÄSENTATIVEN DEMOKRATIE** ***am Beispiel der BRD (Fortsetzung)***

- **Fraktionszwang:** Die Parteiobrigkeit kann bei offenen Abstimmungen im Parlament die Mandatsträger ihrer Fraktion zwingen, in Sinne der Parteiobrigkeit zu stimmen.
- **Offene Abstimmungen** sind demokratiefeindlich, da der Abstimmende mit Repressalien rechnen muss.
- **Paketabstimmungen:** Es werden mehrere Entscheidungen in denselben Abstimmungsgang gepackt, sodass nur eine pauschale Zustimmung oder Ablehnung zu allen Fragen möglich ist.
- **Abgeordnete** verfügen regelmäßig nicht über die Kenntnisse, die zu einer sachgerechten Entscheidung notwendig sind.
- **Abgeordnete** entscheiden entweder nach den Vorgaben der Parteioligarchie oder eines zahlenden Auftraggebers.



Dilemma des Bürgers als Entscheidungsträger bei Wahlen und Abstimmungen

Der Bürger:

- ist gewöhnlich nicht fähig, in verwickelten Fragen -aus seiner Vorbildung und Sachkenntnis- bei einer Abstimmung die richtige politische Sachentscheidung zu treffen.
- ist aus demselben Grund auch nicht in der Lage, zu erkennen, welcher Volksvertreter oder welche Partei ihm die Entscheidungen abnehmen kann.
- wäre somit eigentlich weder abstimmungs- noch wahlfähig!

Unkluge Entscheidungen sind bei jeder Form der staatlichen Willensbildung möglich.

Das politische und wirtschaftliche Risiko einer Entscheidung, sowohl einer Volksabstimmung wie auch eines Parlamentsbeschlusses, tragen auf jeden Fall die Bürger.



Praktische Indikatoren für Demokratie

Die nachfolgenden Bürgerrechte und -freiheiten müssen im demokratischen Staat tatsächlich regelmäßig vorzufinden sein.

- Der Staat ist Gewährsträger für den Schutz von Rechten, Freiheiten und Gütern gegen jeden Störer.
- Bürokratische und technische Hürden dürfen die Bürgerrechte nicht unterlaufen.
- Achtung der Menschenwürde und Menschenrechte, insbesondere Schutz von Leben und Gesundheit
- Freiheit vor übermäßigen und unsinnigen Verboten
- Freiheit vor übermäßigen Strafen, insbesondere keine Todesstrafe und keine Langzeitstrafen
- Freiheit vor Folter und übermäßigen körperlichen und seelischen Zumutungen
- Freiheit vor übermäßigen Pflichten, insbesondere kein Kriegsdienst an der Waffe
- Freiheit der Bewegung und des Aufenthalts im Inland und ins Ausland
- öffentliche Meinungs- und Informationsfreiheit



Praktische Indikatoren für Demokratie (Fortsetzung)

- unabhängige Presse, Rundfunk- und Fernsehanstalten
- unzensurierte Literatur, unzensuriertes Internet
- unbehinderte Versammlungen und Kundgebungen
- keine übermäßige Geheimhaltung
- Zugang zu allen öffentlichen Dateien
- Freiheit vor übermäßigen Belastungen, insbesondere mit Steuern und Abgaben
- Schutz der Privatsphäre in der Öffentlichkeit und am Arbeitsplatz
- Schutz der Familie, der sexuellen Selbstbestimmung
- gute und für alle gleiche Bildungschancen
- unbehinderte Freiheit der Religion und Weltanschauung
- regelmäßige, gleiche, geheime und Erfolgsgeschützte Wahlen
- politische Teilhabe durch Abstimmungen
- unbehinderte Freiheit der Organisation in Parteien, Gewerkschaften und anderen Vereinigungen
- funktionierende, unbestechliche und schikanefreie Verwaltung, Polizei und Justiz



Praktische Indikatoren für Demokratie (Fortsetzung)

- freier Zugang zu sozialen Diensten und zur öffentlichen Versorgung
- unbehinderte und geschützte Ausübung von Beruf und Gewerbe
- Schutz von rechtmäßigem Besitz und Eigentum in allen Erscheinungsformen
- Verhinderung von unredlichem, insbesondere leistungslosem Einkommen
- Schutz vor Ausbeutung und Übervorteilung
- Schutz der natürlichen und zivilisatorischen Ressourcen (Umwelt, Infrastruktur, Kulturgüter)
- Schutz rechtstreuen Verhaltens
- Bewehrung rechtswidrigen und vertragswidrigen Verhaltens
- systemische Vorkehrungen gegen Machtanmaßung, Machtmissbrauch und Volksentmachtung
- Friedliche und geordnete internationale Beziehungen
- Schutz vor fremden Mächten und außergesetzlichen Interessenträgern
- Wahrung der Interessen späterer Generationen



EINWÄNDE GEGEN DIREKTE DEMOKRATIE

- Deutschland hat kein Demokratieproblem.
- Das Volk ist dumm und manipulierbar.
- Volksentscheide lassen nur unflexible Ja/Nein-Entscheidungen zu.
- Es kann nicht über alles abgestimmt werden.
- Das Grundgesetz sieht keine direkte Demokratie vor.
- Das Parlament wird geschwächt und verliert an Legitimität.
- Die Verantwortlichkeiten werden verwischt.
- Die Todesstrafe könnte wieder eingeführt werden.
- Die Volksgesetzgebung schwächt das demokratische System.
- Die Erfahrungen der Weimarer Republik mit Volksabstimmungen schrecken ab.
- Der Föderalismus wird geschwächt.
- Finanzstarke Lobbygruppen setzen ihre Partikularinteressen durch.
- Volksentscheide führen zu Populismus und Stimmungsdemokratie.
- Die Gewaltenteilung wird aufgeweicht.
- Volksentscheide gefährden Minderheiten.
- Direkte Demokratie ist langsam und teuer.

